

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen Land und Gemeinden

Vereidigung der Gemeindevorsteher und Vizevorsteher im alten Landtagssaal – Maria Marxer (FBP) einzige Vorsteherin in unserem Land

(G.M.) – «Partnerschaft und Zusammenarbeit, sinnvolle Arbeitsteilung wie vernünftige Aufgabenabgrenzung zwischen Land und Gemeinden sind wesentliche Grundlagen einer erfolgreichen politischen Arbeit in der Zukunft», erklärte Regierungschef Hans Brunhart bei der Vereidigung der neugewählten Vorsteher und Vizevorsteher am Freitag vormittag im alten Landtagssaal. Vorerst konnten nur die Vertreter von neun Gemeinden vereidigt werden, da in Vaduz und Schaan am kommenden Wochenende ein zweiter Wahlgang stattzufinden hat.

Die neu- oder wiedergewählten Gemeindevorsteher legten ihren Eid vor Regierungschef Hans Brunhart ab. Im alten Landtagssaal war für die feierliche Zeremonie ein Tisch mit einem Kreuz, zwei brennenden Kerzen sowie Blumen als schmückendes Beiwerk hergerichtet worden. Auf Aufruf von Protokollchefin Aldina Nutt traten zuerst die Gemeindevorsteher, dann die Vizevorsteher vor und legten den Eid auf die Verfassung ab. Die Eidesformel, die Regierungschef Hans Brunhart vorschrieb, lautete: «Ich schwöre Treue dem Landesfürsten, Gehorsam den Gesetzen und genaue Beobachtung der Verfassung.» Mit erhobenen Schwörfingern antworteten die Neugewählten: «Ich schwöre, so wahr mir Gott helfe.»

Regierungschef Hans Brunhart gratu-



Mit Maria Marxer (FBP) wurde die erste Frau in unserem Land als Vorsteherin vereidigt. Nach Ansicht von Regierungschef Brunhart ist dies ein Beweis für die langsame Integration der Frau in die Politik. Unser Bild zeigt Maria Marxer beim Ablegen des Amtesides.

lierte bei seiner Ansprache einleitend und wünschte den Vorstehern und Vizevorstehern viel Erfolg bei ihrer Tätigkeit zum Wohle der Gemeinden und der Bevölkerung. Er wies auf die grosse Bedeutung der Gemeindeautonomie hin, aber auch auf die Notwendigkeit des Zusam-

menwirkens zwischen Staat und Gemeinden: «Viele politische Aufgaben in unserem Land sind Aufgaben, die der Staat nicht ohne Gemeinden und die Gemeinden nicht ohne den Staat erfüllen können.» Bei vielen gesetzlichen Regelungen sei die Gemeinde das Vollzugsorgan und

daher komme ihr zur Erreichung der Zielsetzungen eines neuen Gesetzes eine besondere Verantwortung zu.

In seinen weiteren Ausführungen unterstrich er auch die Bedeutung der Gemeinden für die Heranbildung des Staatsbewusstseins: «Heimat ist ein Begriff, der eng mit der Gemeinde zusammenhängt. So können die Behörden der Gemeinde auch viel dazu beitragen, indem sie Probleme lösen, das Gespräch mit dem Bürger suchen und den Bürger ernst nehmen, dass die Glaubwürdigkeit der Politik gestärkt und die Beziehung des Bürgers und der Bürgerin zum Staat gefordert wird. Sicher bietet gerade die Gemeinde auch eine gute Voraussetzung für alle Bürgerinnen und Bürger, sich für die Gemeinschaft zu engagieren.»

Besonders sprach Regierungschef Hans Brunhart die FBP-Vorsteherin von Gamprin, Maria Marxer, an. Er freute sich, erklärte der Regierungschef, dass er erstmals in unserem Land eine Vorsteherin vereidigen könne. Die Wahl von Maria Marxer als Vorsteherin und mehrerer Gemeinderätinnen ist nach seiner Ansicht der Beweis dafür, dass die «Integration der Frau in unserer Politik» langsam fortschreite: «Dies ist ein ermutigendes Zeichen, dass es uns Liechtensteinerinnen und Liechtensteinerinnen gelingen wird, unsere Zukunft als gemeinsame Zukunft aller zu begreifen und sie deshalb auch gemeinsam zu gestalten.»

Genscher für weitere Zusammenarbeit

Davos (spk) Der deutsche Aussenminister Genscher ist trotz der Vorgänge im Baltikum für eine langfristige Zusammenarbeit mit der UdSSR und vor allem mit Staatspräsident Gorbatschow. Bei einer Rede am World Economic Forum (WEF) in Davos sagte er, die deutsche Regierung wolle das Grundgesetz so ergänzen, dass künftig auch deutsche Soldaten an UNO-Aktionen teilnehmen könnten.

Zur Lage in der UdSSR sagte Hans-Dietrich Genscher, alle Kräfte dort müssten wissen, das die Hilfsbereitschaft des Westens für die von Verfall bedrohte sowjetische Wirtschaft durch die Gewaltpolitik im Baltikum schwer gefährdet worden sei. Die jüngsten Entscheidungen und Erklärungen Gorbatschows zeigten aber, dass er die Lösung der Krise nicht «mit den Mitteln von gestern» sucht. Die Grundlage des längerfristigen und immer engeren Zusammenwirkens mit der Sowjetunion dürfe nach Ansicht des deutschen Aussenministers nicht aufgegeben oder gar zerstört werden.



huber
schmuck · uhren · juwelen
Städle 34 und Rathausplatz
9490 Vaduz/Liechtenstein

Neues Datenschutzgesetz in der Vernehmlassung

Entwurf wurde den interessierten Kreisen zugestellt – Weitere Exemplare erhältlich

(paf) – Die Regierung hat den interessierten Kreisen den Entwurf für die Schaffung eines Datenschutzgesetzes zur Prüfung und Stellungnahme zugestellt. Für die Vernehmlassung, die bis zum 15. März 1991 läuft, können weitere Exemplare des Vernehmlassungsentwurfes beim Ressort Justiz der Regierung bezogen werden.

Das geltende Recht bietet keinen ausreichenden Schutz gegen Verletzungen der Persönlichkeit, die auf Informations-tätigkeiten beruhen. Die Regierung behält sich bisher innerhalb der Landesverwaltung mit Datenschutz-Richtlinien, die sie am 31. August 1982 erlassen hatte. Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf für ein Datenschutzgesetz soll eine Gesetzeslücke geschlossen und ein wirksamer Schutz für die von Datenbearbeitung betroffenen Personen geschaffen werden.

Der Gesetzesentwurf enthält in einem allgemeinen Teil eine Reihe von materiellen Datenbearbeitungsgrundsätzen, die sowohl für Behörden wie für private Datenverarbeiter gelten. Er sieht vor, dass jede Person vom Inhaber einer Datensammlung Auskunft über die eigenen

Daten verlangen kann. Zu diesem Zweck sollen Datensammlungen registriert werden. Die Registrierpflicht ist für die Behörden eine umfassende, während private Bearbeiter nur solche Sammlungen melden müssen, die unter dem Gesichtspunkt des Persönlichkeitsschutzes mit besonderen Risiken behaftet sind. Schliesslich sind auch Datenübermittlungen ins Ausland, die von ihrem Umfang her oder wegen der Art der Informationen datenschutzrechtlich bedeutsam sind, meldepflichtig.

Soweit der Entwurf die Datenbearbeitung von Privatpersonen regelt, stellt er eine Ergänzung und Konkretisierung des Persönlichkeitsschutzes dar, wie er im Personen- und Gesellschaftsrecht verankert ist. Dabei nimmt der Entwurf vor allem Rücksicht auf die Informationsbedürfnisse der Wirtschaft. Kommt es über die Zulässigkeit privater Datenbearbeitung zu Auseinandersetzungen, so müssen diese vom Gericht entschieden werden.

Der Gesetzesentwurf regelt ebenfalls eingehend die Bearbeitung von Perso-

nen durch Behörden. Er legt die datenschutzrechtliche Verantwortung fest und bestimmt, welche Rechtsgrundlagen für verschiedene Bearbeitungen nötig sind.

Über die Einhaltung des Gesetzes soll eine Aufsichtsstelle wachen. Die Regierung setzt dafür eine mit dem Datenschutz beauftragte Person ein, die fachlich selbständig und unabhängig ist. Administrativ ist sie der Regierung zugeordnet.

Mit diesem Gesetzesvorhaben folgt die Regierung einer internationalen Entwicklung. Verschiedene internationale Organisationen haben sich, da die Datenverarbeitung nicht mehr an den Landesgrenzen Halt macht, um völkerrechtliche Regelungen des grenzüberschreitenden Datenverkehrs bemüht. In diesem Zusammenhang hat der Europarat mit dem Übereinkommen Nr. 108 vom 28. Januar 1981 zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten eine der weitreichendsten Regelungen für den internationalen Datenschutz entwickelt.

Zahlreiche Opfer bei Erdbeben

Islamabad (AP) Das schwere Erdbeben im Hindukusch hat nach jüngsten Schätzungen vom Sonntag in Afghanistan und Pakistan mindestens 500 Todesopfer gefordert. Wie Mitglieder von Rettungstrupps berichteten, kamen bei dem Erdstoss der Stärke 6,8 vom Freitag in Afghanistan mindestens 200 und in Pakistan 300 Menschen ums Leben. Die Bergungsmannschaften mussten sich am Wochenende durch hüfthohen Schnee, Steinmassen und Lawinen in das vermutlich am schwersten betroffene Gebiet im Gebirge durchschlagen. Die pakistanischen Behörden bestätigten am Samstag die Zahl von 164 Toten. 500 Menschen seien verletzt worden.

Der Leiter einer Rettungsorganisation aus Karatschi, Abdul Sattar Edhi, berichtete am Samstag, es seien grosse Mengen warme Kleidung, Decken und Medikamente gespendet worden: «Die Menschen waren grosszügig, aber das Gelände und das Wetter arbeiten gegen uns.»

EG berät Reform ihrer Agrarpolitik

Brüssel (AP) Die Landwirtschaftsminister der Europäischen Gemeinschaft werden am Montag und Dienstag in Brüssel erstmals Vorschläge der EG-Kommission für eine grundlegende Reform der Agrarpolitik beraten. Nach den Vorstellungen der EG-Behörde sollen die Einkommen der Bauern künftig nicht mehr nur von Preisgarantien abhängen, sondern zunehmend von direkten Beihilfen. So sollen die Landwirte künftig nicht mehr für Überproduktion, sondern für eine Verringerung der Erzeugung, für Umweltschutzmassnahmen und für Landschaftspflege belohnt werden. Diplomaten erwarten, dass das Kommissionspapier zu erheblichen Kontroversen führen wird.

In ihm wird festgestellt, dass die Landwirtschaftspolitik der Gemeinschaft in eine Vertrauenskrise geraten ist, «die Landwirte verunsichert und orientierungslos sind», und die Märkte erneut aus dem Gleichgewicht geraten.

Zinsrückgang nicht ausgeschlossen

Zürich (AP) Die leicht gelockerte Geldpolitik der Schweizerischen Nationalbank (SNB) könnte in absehbarer Zeit die Zinssätze für Neuhypotheken ins Rutschen bringen. Diese Erwartung bestätigte SNB-Präsident Markus Lusser in einem Interview der «SonntagsZeitung». Er wies aber zugleich darauf hin, dass die Nationalbank im Falle eines Schwächeanfalls des Frankens die geldpolitischen Zügel wieder anziehen würde. Die Zinssende sei somit nicht gesichert.

Lusser gab in dem Interview erstmals eine Prognose für die Geldmengenentwicklung im ersten Quartal 1991 ab, wie sie die Notenbank als Ersatz für das fallengelassene Geldmengenziel in Aussicht gestellt hatte. Demnach soll die bereinigte Notenbankgeldmenge gegenüber dem vierten Quartal 1990 um 0,43 Prozent wachsen, nachdem sie in den vergangenen drei Jahren kontinuierlich geschrumpft war.

Sport aktuell

Galina-Auswärtssieg

Der VBC Galina behauptete seine Tabellenführung in der Volleyball-Nationalliga B einmal mehr souverän. Bei Angstgegner Volero Zürich resultierte dank einem 3:1-Erfolg der 13. Sieg im 13. Spiel.

Handballer siegten

Einen wichtigen Erfolg im Kampf gegen den Abstieg aus der 2. Liga erzielten am Samstag die Vaduzer Handballer, die sich gegen Bischofszell knapp mit 14:13 durchsetzen konnten.

Rodel-Landesmeisterschaften

Bei besten Bedingungen gingen gestern im Steg die Rodel-Landesmeisterschaften über die Bühne. Bei den Herren konnte Alois Reichl seinen Titel verteidigen, während die neue Titelträgerin bei den Damen Irmgard Büchel heisst.

Abschluss der Ski-WM

Mit dem Sieg des Österreichers Rudi Nierlich gingen gestern in Saalbach-Hinterglemm die alpinen Ski-Weltmeisterschaften zu Ende. Die LSV-Läufer Günther Marxer (24. Rang) und Robert Büchel (32. Rang) klassierten sich noch in der vorderen Ranglisten-Hälfte, während Achim Vogt und Marco Büchel bereits im ersten Lauf ausschieden.

Jubiläums-Valünalauf

Traumhafte Jubiläumsbedingungen herrschten gestern bei der 20. Austragung des vom Skiclub Triesen organisierten Valünalaufs. In der Hauptkategorie kam der Eschner Patrick Hasler knapp hinter dem Einsiedler Urs Birchler auf den 2. Rang.

Cross-Meisterschaften

Ebenfalls bei besten Bedingungen konnten gestern die Cross-Landesmeisterschaften durchgeführt werden. Die Meistersterne holten sich Timi Szacsavay und Maria Wille.

(Ausführliche Berichte im Sportteil.)

Ajatollah warnt Bush

Teheran (spk/dpa) Einer der führenden Ajatollahs in Iran, Mohammed Reza Gholpayegani, hat US-Präsident George Bush eindringlich vor den Folgen des Golfkrieges gewarnt. Der islamische Würdenträger schrieb Bush in einem Brief: «Irak aus Kuwait zu vertreiben, gibt Ihnen nicht das Recht, tausende Angriffe auf Wohnviertel und ein Massaker an der Zivilbevölkerung vorzunehmen.»

Im Golfkrieg habe die iranische Führung mehrfach ihre Neutralität unterstrichen, die sie aber im Fall eines israelischen Eingreifens überdenken werde, heisst es im Brief, dessen Inhalt von der iranischen Nachrichtenagentur IRNA veröffentlicht wurde. Den Willen seiner Regierung zu Neutralität bekräftigte auch der iranische Aussenminister Ali Akbar Welajati zum Abschluss eines Teheran-Besuchs des irakischen Vizepräsidenten Saadun Hammadi. Dies bedeute aber nicht Gleichgültigkeit gegenüber der moslemischen Bevölkerung des Irak.

Nach wie vor Unklarheit herrscht über die irakischen Flugzeuge, die nach Beginn des Golfkrieges nach Iran geflogen sind und von der Führung in Teheran bis Ende des Krieges festgehalten werden sollen. Während von westlicher Seite von rund 100 Militär- und Passagiermaschinen die Rede ist, behauptete am Sonntag ein ranghoher pro-iranischer Iraker, Iraks Staatschef Saddam Hussein habe bis zu 200 Flugzeuge nach Iran in Sicherheit gebracht. Der in Syrien lebende Iraker Scheich Hadi al-Mudarresi, Mitglied der von Iran unterstützten Organisation Islamische Aktion, warnte davor, dass ein alliierter Angriff gegen die Flugzeuge Iran zur Aufgabe der Neutralität bringen könnte.

(Mehr über den Golfkrieg auf der «Letzten Seite».)